

Die DDR und der Sicherung der Staatsgrenzen am 13. August 1961

Ende der fünfziger Jahre war die BRD zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht in der kapitalistischen Welt geworden. Die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus erforderte und ermöglichte für die herrschende Klasse auf neue Weise, mit Hilfe des Opportunismus das imperialistische System zu sichern. Das auf dem Godesberger Parteitag der SPD (November 1959) angenommene Grundsatzprogramm war seinem theoretischen und ideologisch-politischen Gehalt nach offen gegen alle marxistischen Traditionen gerichtet. Die rechten Führer der SPD bekräftigten ihre antikommunistische Grundhaltung und bekannten sich zur BRD als dem ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen entsprechenden Gesellschaftsmodell. Die Restauration des Imperialismus der BRD war im wesentlichen abgeschlossen, und der Widerspruch zwischen seinen beträchtlichen ökonomischen Potenzen und dem begrenzten politischen Machtbereich und internationalen Einfluß verschärfte sich. Weil die herrschenden Kreise der BRD versuchten, diesen Widerspruch durch eine Erweiterung ihres Machtbereichs nach Osten auszugleichen, spitzte sich die Lage in diesen Jahren immer mehr zu, und noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges war der Frieden in Europa so gefährdet, wie im Spätsommer 1961. In einer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU vom 11. Juli 1961 wurde es als ausdrückliches Ziel bezeichnet, die DDR zu annektieren und so „ein wiedervereinigtes

Deutschland . . . zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft integriert“ ist. Landsmannschaften organisierten großangelegte Veranstaltungen in der BRD und in Westberlin, und General Heusinger teilte provokatorisch mit, sieben Divisionen der Bundeswehr seien bereit, „unverzüglich jede Mission auszuführen“. Franz Josef Strauß, damals Verteidigungsminister, erklärte im Juli 1961 auf einer Reise in die USA, die Bundesrepublik sei entschlossen, die „Krise bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen“. Der Imperialismus der BRD bemühte sich auf vielfältige Weise, möglichst viele Bürger der DDR zum Verlassen der Republik zu bewegen. Dabei sollte ausgenutzt werden, daß die BRD eine bessere Ausgangsposition im ökonomischen Wettbewerb der Systeme besessen hatte als die DDR, aber auch, daß nicht wenige Menschen, denen es in der DDR materiell gut ging, auf Grund der jahrzehntelangen Herrschaft des deutschen Imperialismus geistig nicht mit den Problemen des Kampfes zwischen der alten und der neuen Gesellschaft fertig wurden. Diejenigen, die die bestehenden Grenzen revidieren wollten, hatten Westberlin zu einer Frontstadt des „kalten Krieges“ ausgebaut und wollten von hier aus bewaffnete Provokationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht inszenieren.

Diese Konzeption beruhte zwar auf einer völligen Fehleinschätzung des wirklichen Kräfteverhältnisses. Die Geschichte zeigt jedoch, daß die deutschen Militaristen diesen Fehler schon mehrfach begangen hatten und daß die Gefahren, die ihre abenteuerliche Politik heraufbeschwor, gerade dadurch anwuchsen. So wurde die Sicherung des Friedens durch die eindeutige Fixierung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Lage notwendig. Am 13. August 1961 wurde in einer koordinierten Aktion der Staaten des Warschauer Vertrages von den bewaffneten Kräften der DDR, unterstützt von den in der DDR stationierten Truppen der Sowjetarmee, die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR nach Westberlin unter Kontrolle gestellt und befestigt. Die Grenzen der Macht des Imperialismus der BRD wurden für jedermann sichtbar: Die deutsche Arbeiterklasse, unterstützt von starken Verbündeten, hatte ihm eine Niederlage zugefügt, bevor seine Politik „am Rande des Krieges“ zum Krieg geführt hatte.

Quelle:

Joachim Streisand „Deutsche Geschichte in einem Band“,
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1979, S.381f.